

Statements

der Partner im Bündnis „Soziales Wohnen“

>>

Menschen mit Behinderung am Wohnungsmarkt diskriminiert

Jede zehnte barrierefreie Sozialwohnung soll künftig gezielt Menschen mit Behinderung angeboten werden. Denn bislang sind Menschen mit Behinderung und benachteiligte Bevölkerungsgruppen vom Wohnungsmarkt quasi ausgeschlossen.

Die Fakten sind erschreckend: 10 Millionen Menschen mit Behinderung und nur 1 Million barrierearme Sozialwohnungen in Deutschland. Nicht erfasst sind dabei 200.000 Menschen mit Behinderung, die in Einrichtungen der Eingliederungshilfe leben. Darüber hinaus: 15 Millionen Menschen, die in Armut leben und Sozialwohnungen benötigen. 450.000 Wohnungen, die insgesamt bundesweit aktuell fehlen.

Entgegen Artikel 19 der UN-Behindertenrechtskonvention haben Menschen mit Behinderung keine Möglichkeit zu entscheiden, wo sie leben. Durch den Mangel an barrierefreiem und bezahlbarem Wohnraum werden Menschen mit Behinderung strukturell benachteiligt. Der Aufbau einer selbständigen Existenz in der eigenen Wohnung bleibt für viele Menschen mit Behinderung ein Traum.

Künftig sollen kommunale Härtefallkommissionen über die 10-Prozent-Zuteilung der Sozialwohnungen an Menschen mit Behinderung entscheiden. Trägern von Sozialunternehmen – wie der Caritas – müssen gezielt kommunale Grundstücke angeboten werden. Nur so kann es bei der hohen Nachfrage gelingen, ausreichend Angebote zum Wohnen für Menschen mit Behinderung oder psychischer Erkrankung zu schaffen.

Janina Bessenich | Geschäftsführerin
Caritas Behindertenhilfe und Psychiatrie (CBP)

>>

>>

„Soziales Drama“ stoppen: Milliardenschweren „Sonder-Fonds Wohnen“ schaffen

Auf dem Wohnungsmarkt spielt sich ein „soziales Drama“ ab: Mehr als 11 Millionen Mieterhaushalte haben in Deutschland einen Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein (WBS) – und damit auf eine Sozialwohnung. Nur für jeden Zehnten davon gibt es allerdings eine Sozialwohnung – das ist eine bittere 1:10-Chance.

Wir haben mit Klara Geywitz eine Bundesbauministerin, die bauen will. Aber sie muss auch bauen können. Und das hängt jetzt stark von Christian Lindner und der FDP ab: Der Bundesfinanzminister muss dringend einen „Sonder-Fonds Wohnen“ schaffen – einen milliardenschweren Topf für den Wohnungsbau. Nur dann wird der Bundesregierung die geplante „soziale Wende“ auf dem Wohnungsmarkt gelingen. Nur dann bekommen Menschen, die heute kaum noch eine Chance oder gar keine Chance mehr haben, auf dem Wohnungsmarkt Fuß zu fassen, eine neue Perspektive zum Wohnen. Und vor allem auch um diese Menschen geht es uns.

Robert Feiger | Bundesvorsitzender
Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU)

>>

Der Staat als „Mit-Kostentreiber“ beim Baumaterial

Die Lieferengpässe für Baumaterialien, die vor allem durch die Pandemie, aber auch durch Unwetter zustande kamen, sind – wie erwartet – im letzten Halbjahr in den meisten Produktbereichen wieder deutlich zurückgegangen. Unterm Strich ist festzuhalten, dass in 2021 mehr gebaut wurde als im Vorjahr – und das auf ohnehin schon hohem Niveau.

Deutlich schwieriger für den Fachhandel sind die Preiserhöhungen, die vielfach auf gestiegene Energiekosten zurückgehen. Hier ist der Staat maßgeblicher Kostentreiber. Denn CO₂-Steuern, die Abkehr von bestehenden, versorgungssicheren Energien und weitere Abgabenerhöhungen haben nach wie vor deutlich preistreibende Effekte.

Dem Baustoff-Fachhandel ist es gelungen, durch eine vorausschauende Materialorder bei Herstellern und eine angepasste Lagerlogistik die Preise für viele Baumaterialien über längere Zeit hinweg stabil zu halten. Der Großhandel wirkt so preisdämpfend.

Katharina Metzger | Präsidentin
Bundesverband Deutscher Baustoff-Fachhandel (BDB)

>>

>>

X-facher Faktor bei den Fördermitteln

Das durchaus ambitionierte Ziel der neuen Bundesregierung, 100.000 geförderte Wohnungen pro Jahr neu zu errichten, verdient unsere volle Unterstützung, ist aber mit den bisher zur Verfügung gestellten und lediglich fortgeschriebenen Mitteln noch nicht einmal im Ansatz erreichbar.

Mit 1 Milliarde Euro des Bundes pro Jahr hat man bisher knapp 30.000 Wohnungen schaffen können. Für das nun mehr als verdreifachte Ziel braucht man auch ein Mehrfaches an Fördermitteln, sonst ist schon im Vorhinein absehbar, dass der Erfolg ausbleibt. Die weitere Milliarde für den Klimaschutz, die Ministerin Geywitz angekündigt hat, wird für diesen zusätzlich gebraucht und ist nicht geeignet, zusätzlichen geförderten Wohnraum zu schaffen.

Außer dem Neubau brauchen wir dringend Maßnahmen im Wohnungsbestand, um Wohnraum, der noch bezahlbar ist, bezahlbar zu halten, z.B. durch die Verlängerung auslaufender Bindungen.

Lukas Siebenkotten | Präsident
Deutscher Mieterbund (DMB)

>>

Der Baustoff Stein schafft das Ampel-Neubauziel

Die anspruchsvollen politischen Ziele für den Wohnungsbau sind aus der Sicht der mineralischen Baustoffindustrie umsetzbar. Allerdings setzt die ansteigende Liefermenge für deutlich mehr als 300.000 fertigzustellende Wohnungseinheiten bei gleichzeitiger Umstellung der Produktionsprozesse auf zunehmend klimaneutrale Bauprodukte eine angemessene staatliche Unterstützung voraus.

Für eine sofortige Effizienzsteigerung im Wohnungsneubau sehen wir das typisierte Bauen mit anteilig immer mehr großformatigen Bauprodukten, die auch bereits im Werk vorkonfektioniert werden können, als einen Hauptweg an. Diese Bauprodukte sind für eine massenhafte Anwendung mit mehr Effizienz geeignet, ohne die Bauprozesse komplett umstellen zu müssen.

Dr. Hannes Zapf | Vorsitzender
Deutsche Gesellschaft für Mauerwerks- und Wohnungsbau (DGfM)

>>